



Blick aus dem Flugzeug über der Provinz Nampula: Menschenleere Afrikanische Steppe? In Nampula geht die Grundannahme von ProSAVANA nicht auf: Familiäre Landwirtschaft, wohin das Auge blickt. Foto: Peter Steudtner / panphotos.org

Wir von der Plattform sagen, dass das Programm prinzipiell gut für die Entwicklung des Landes sein kann, aber derzeit sehr starke Schwachpunkte aufweist. Zum einen die fehlende Transparenz, zum zweiten die Widersprüche hinsichtlich der tatsächlichen Interessen, die hinter ProSavana stehen und die Frage nach den

tatsächlichen Vorteilen. Ebenso ist die Art und Weise wie dieses Programm verbreitet wurde, nicht akzeptabel. Es ist ein Plan der von außen kam und nach Mosambik gebracht wurde, ohne mosambikanische Beteiligung. Es ist unser primäres Ziel, die Interessen der dort lebenden ländlichen Bevölkerung zu sichern. Das Land-

gesetz in Mosambik ist ein sehr gutes Gesetz. Es gibt darin drei Punkte, die festlegen, wann den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern das Land zusteht. Erstens, das so genannte Gewohnheitsrecht, d. h. ihnen steht das Land zu, wenn sie schon seit mehr als 10 Jahren auf dem Land ansässig sind. Das zweite ist, wenn sie nach den dort vorherrschenden traditionellen Normen ansässig sind, die nicht der Verfassung widersprechen und drittens wenn die Gemeinden nachweisen können, dass sie das Land nutzen. Die mosambikanische Gesetzgebung sagt deutlich und ohne jeden Zweifel, dass die lokale Bevölkerung immer konsultiert und angehört werden muss, wenn Landkonzessionen vergeben werden. Dies ist zumindest bei den Quick Impact Projects nicht geschehen. Ferner besagen alle offiziellen staatlichen Strategien, dass die lokale Bevölkerung immer gehört und beteiligt werden muss, wenn es um die Entwicklung der Gebiete geht, in denen sie ansässig ist. Das ist bei ProSavana definitiv nicht geschehen.

Zusammenfassend stellen sich folgende Fragen: Sollen die Projekte der lokalen Bevölkerung eine Entwicklung bringen? Oder sollen sie der Befriedigung von Bedürfnissen einer kleinen Minderheit dienen?

Calisto Ribeiro ist Geschäftsführer von ORAM Nampula.

INTERVIEW MIT JOÃO MOSCA

KEINE LOBBY

João Mosca, Leiter der mosambikanischen Organisation „Observatório do Meio Rural“ aus Maputo, kritisiert die mangelnde Förderung der Landwirtschaft und die Ethnisierung von Unternehmen. In dem Interview mit Johannes Beck von der Deutschen Welle spricht er über die Armut auf dem Lande und erklärt, Mosambik stehe am Scheideweg.

Von Johannes Beck, übersetzt von Angela Wodtke

Johannes Beck (DW): In Mosambik sind derzeit gegensätzliche Tendenzen zu beobachten: Einerseits wächst das Bruttoinlandsprodukt jährlich um 7 Prozent und es gibt umfangreiche Investitionen in natürliche Ressourcen; andererseits nimmt die Armut zu. Wie erklärt sich das?

João Mosca (JM): Der Hauptgrund ist, dass die großen Investitionen, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln, hauptsächlich aus dem Ausland kommen und exportorientiert sind, so dass nur wenige lokale Arbeitsplätze auf dem Land geschaffen werden.

DW: In welchen Regionen Mosambiks nimmt die Armut zu?

JM: Die neuesten Analysen zeigen, dass die Armut hauptsächlich in den beiden bevölkerungsreichsten Provinzen Zambézia und Nampula zugenommen hat. Die Zahl der Armen ist stärker auf dem Land als in den Städten angestiegen.

DW: Vor zehn Jahren haben verschiedene afrikanische Regierungen, darunter auch die mosambikanische, die sogenannte „Erklärung von Maputo“ unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, mehr in die Landwirtschaft zu investieren. Es gibt viele NGO-Projekte, auch aus Deutsch-

land, zur Förderung der Entwicklung auf dem Lande. Gleichzeitig nimmt die Armut auf dem Land zu. Wie kommt das?

JM: Der Grundsatz, im Staatshaushalt zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Landwirtschaft einzusetzen, wird in Mosambik noch nicht umgesetzt. In den letzten acht bis zehn Jahren betrug der Anteil der Landwirtschaft am Staatshaushalt nur etwa vier Prozent. Doch das ist noch nicht alles. Die Effizienz der eingesetzten Mittel ist sehr niedrig. Wenn 70 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten, die vor allem Nahrungsmittel für den ländlichen Bereich erzeugen, und wenn dieser Sektor nicht

wächst oder sogar negative Wachstumsraten aufweist, erklärt dies den Anstieg der Armut, besonders auf dem Lande. Zwar hat sich die Situation im Gesundheits- und Bildungssektor, bei der Wasser- und Energieversorgung verbessert, besonders in den größeren Orten. Doch die Qualität dieser Dienstleistungen weist große Probleme auf.

DW: *Es wäre doch logisch, wenn die Politiker forderten, die Landwirtschaft stärker zu unterstützen. Denn der größte Teil der Wähler lebt auf dem Land. Warum geschieht das nicht?*

JM: Tatsächlich kommen 70 bis 75 Prozent der Wähler aus ländlichen Regionen. Aber der Preis für eine Wählerstimme ist sehr niedrig. Die Bevölkerung ist arm, also gibt es verschiedene Mittel und Wege, mit geringen Kosten Wähler zu gewinnen und zu mobilisieren. Mit kleinen Verbesserungen im Gesundheitsbereich, kleinen Geschenken während der Wahlkampagnen, Sweatshirts, T-Shirts, etc. ist es leicht, Wählerstimmen zu kaufen. Zumal das Machtsystem ziemlich autoritär ist und über Kontrollmechanismen gegenüber der Bevölkerung verfügt ...

DW: *Hat die Landbevölkerung Mosambiks denn keine Lobby?*

JM: Nein, sie hat keine Lobby. Hinzu kommt, dass das Bildungsniveau sehr niedrig ist. Auch der Zugang zu Informationen ist sehr begrenzt. Der Organisationsgrad der kleinen landwirtschaftlichen Erzeuger und der Kleinhändler ist noch sehr niedrig. Sie verfügen nicht über Organisationsformen, mit denen sie die Regierung beeinflussen, ihre Rechte einfordern und ihre Anliegen bezüglich notwendiger Fortschritte, ihrer Tätigkeit, ihres Lebensstandards, etc. artikulieren können. Sie schaffen es nicht, Forderungen aufzustellen und haben keine Lobby.

DW: *Über den Distrikt- Entwicklungsfonds (Fundo Distrital de Desenvolvimento) wird jedem Distrikt jährlich sieben Millionen Metical, das entspricht ca. 170 000 Euro, vom mosambikanischen Staat zur Verringerung der Armut zur Verfügung gestellt. Funktioniert diese Regieremaßnahme?*

JM: Anfangs wurden diese Mittel vorwiegend für nicht direkt produktive Zwecke eingesetzt. In den letzten zwei, drei Jahren hat es da, denke ich, schon gewisse Veränderungen gegeben. Es wurde begonnen, in den lokalen Handel, das Handwerk und den Transportsektor zu investieren. Doch die Investitionen in die Landwirtschaft – insbesondere in die Nahrungsmittelproduktion – sind zurückgegangen. Diese Gelder werden über die Distrikt-Kommissionen verteilt, die natürlich vom denen, die an der Macht

sind, beherrscht werden. Diese Gelder bringen praktisch kaum Erträge. Ihr Rückfluss beträgt auf nationaler Ebene ca. fünf Prozent. Für ihre Rückzahlung ist kein Verfahren vorgesehen. Es handelt sich also um Mittel, die der Staat auf dem Land zuschießt, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu gewinnen. Die Frage der Wählerstimmen spielt auch hier eine Rolle. Das wichtigste für die Regierenden ist, Machtbündnisse auf lokaler Ebene zu schmieden.

DW: *Es gibt eine Tendenz der Verlagerung des Wirtschaftszentrums vom Süden in den Norden Mosambiks, vor allem durch die Entdeckung der Kohlevorkommen in der Provinz Tete und von Gas und Erdöl in der Provinz Cabo Delgado. Welche Konsequenzen können sich aus der Verlagerung der Investitionsschwerpunkte vom Süden in den Norden ergeben?*

JM: Ein erhebliches Risiko liegt darin, dass sich Großunternehmen mit mosambikanischen Unternehmen zusammenschließen und sich dorthin bewegen. Die Frage ist, ob sich eine Art ethnischer Dominanz, eine Regionalisierung aufgrund der Herkunftsregion der mosambikanischen Gesellschafter herausbilden wird. Ich glaube, diese Gefahr besteht.

DW: *Und worin besteht die Gefahr konkret?*

JM: Darin, dass Konflikte ausbrechen, wie bereits in vielen anderen afrikanischen Ländern. Im Extremfall besteht das Risiko einer Aufteilung des Staatsgebiets, wie z. B. im Sudan und wie es auch in verschiedenen anderen Ländern versucht wurde, z. B. in Nigeria, Angola, etc. Das ist ein mögliches Risiko. Gründe dafür, dass diese Gefahr in Mosambik nicht besteht, sind nicht vorhanden. Hinzu kommt die Gefahr eines Ungleichgewichts beim Wirtschaftswachstum der verschiedenen Regionen, welches auch jetzt schon besteht. Und derzeit ist eine gewisse Veränderung in der Regionalentwicklung festzustellen: Aus den ärmsten Regionen werden möglicherweise nun die reichsten.

DW: *Glauben sie, dass die Gefahr besteht, dass Mosambik zu einem zweiten Angola wird, einem Land, in dem eine kleine politische Elite die gesamte Wirtschaftsmacht innehat, in dem hohe Wachstumsraten nur wenigen zugutekommen und die große Mehrheit der Bevölkerung im Elend lebt?*

JM: Ja. Das geschieht bereits. Viele deutliche Anzeichen sprechen dafür, dass dieser Prozess schon begonnen hat. Es existiert eine große Vermögenskonzentration bei bestimmten Gruppen der mosambikanischen Elite. Dies betrifft Unternehmensgründungen, Investitionen, Beteiligung bei Inlandsgeschäften und Geschäften mit Aus-

landskapital, die Beziehungen der Machthabenden zum Finanzsektor und zum Eisenbahn- und Hafensektor. Aus der mosambikanischen Elite gehen Leute hervor, die über viel Kapital und Finanzkraft verfügen. Nicht die gesamte Elite profitiert, doch die Einkommenskonzentration ist sehr hoch. Nur sehr wenige sind beteiligt. D. h., eine Situation wie in Angola beginnt sich auch in Mosambik zu entwickeln, auch was die Familien an der Macht betrifft. In Angola ist es die Familie des angolanischen Präsidenten José Eduardo dos Santos, in Mosambik tritt die Familie des mosambikanischen Präsidenten Guebuza in Erscheinung.

DW: *Kann die „Angolanisierung“ Mosambiks aufgehalten werden, wenn Guebuza nicht wiedergewählt wird?*

JM: Das steht noch in den Sternen. Eine eindeutige Antwort darauf gibt es nicht. Wenn Guebuza nicht mehr Präsident ist, heißt das nicht, dass er automatisch auch keinen Einfluss mehr auf die Staatsmacht hat, denn er wird weiterhin Chef der Regierungspartei FRELIMO bleiben. Es ist bekannt, dass die FRELIMO Staat und Regierung beherrscht, die wichtigen Entscheidungen werden von der FRELIMO und nicht von der Regierung getroffen, und so gesehen, ist es möglich, dass Guebuza als Parteichef weiterhin großen Einfluss auf Regierungs- und Wirtschaftsentscheidungen behält. Dem könnte nur die Herausbildung neuer Eliten aus Intellektuellen, Akademikern, gut ausgebildeten Leuten und Technikern in größerer Zahl, die sich nicht vom Machtsystem vereinnahmen lassen, etwas entgegensetzen. Diese könnten von außerhalb des Machtapparats politisch und gesellschaftlich stärker eingreifen und tatsächlich neue ernstzunehmende Machtalternativen entwickeln. Doch das hängt auch davon ab, welche Wege im Bildungssystem in Mosambik, besonders auf Hochschulebene, eingeschlagen werden. Auch darum werden große Auseinandersetzungen geführt. So ist noch alles offen, und wir stehen an einem Scheideweg. Es gibt große Chancen, doch die Risiken sind ebenfalls sehr groß.

Johannes Beck ist Leiter der portugiesischen Redaktion der Deutschen Welle in Bonn.

Wir danken der Deutschen Welle für die Genehmigung des Abdrucks.

Die portugiesische Version des Interviews ist abrufbar unter:

www.dw.de/o-fen%3%B3

meno-de-angola-est%3%A1-a-emergirem-mo%3%A7ambique-alerta-economista-mo%3%A7ambicano-jo%3%A3o-mosca/a-17124861